

IM ROTLICHT- MILIEU LEBT ES SICH GANZ GUT

Unkenrufe, Katastrophenszenarien und Häme von der anderen Seite des Atlantik – von allen Seiten hagelt es Warnungen und Tadel auf Deutschland und/oder die gegenwärtige Bundesregierung und ihre Politik. So hat der Chef des Münchener ifo-Instituts, Hans-Werner Sinn, „Die rote Laterne. Die Gründe für Deutschlands Wachstumsschwäche und die notwendigen Reformen“ im ifo-Schnelldienst 23-2002 die Krise beschworen und radikale Reformen eingefordert. Tatsächlich ist das Wachstum schwach, die Arbeitslosigkeit steigt, das Loch im Staatshaushalt wird immer größer, aber ist Deutschland deshalb das Schlusslicht? Vielleicht lebt es sich im Rotlichtmilieu ja besser, als die Statistiken vermuten lassen.

Ist Deutschland Schlusslicht im alten Europa? Ganz im Gegenteil. Deutschland steht gut da. Es gibt keine Gründe für ein Krisengerede.

Statistiken sind geduldig und man sollte keiner trauen, die man nicht selbst gefälscht hat, meinte schon Churchill. So ist etwa bei den beiden Ländern, die gerne als Messlatte für das angebliche deutsche Versagen vorgelegt werden, nämlich Großbritannien und Irland, eher Vorsicht angesagt. Nimmt man das Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf in Euro, so lassen sich schöne Grafiken pro-

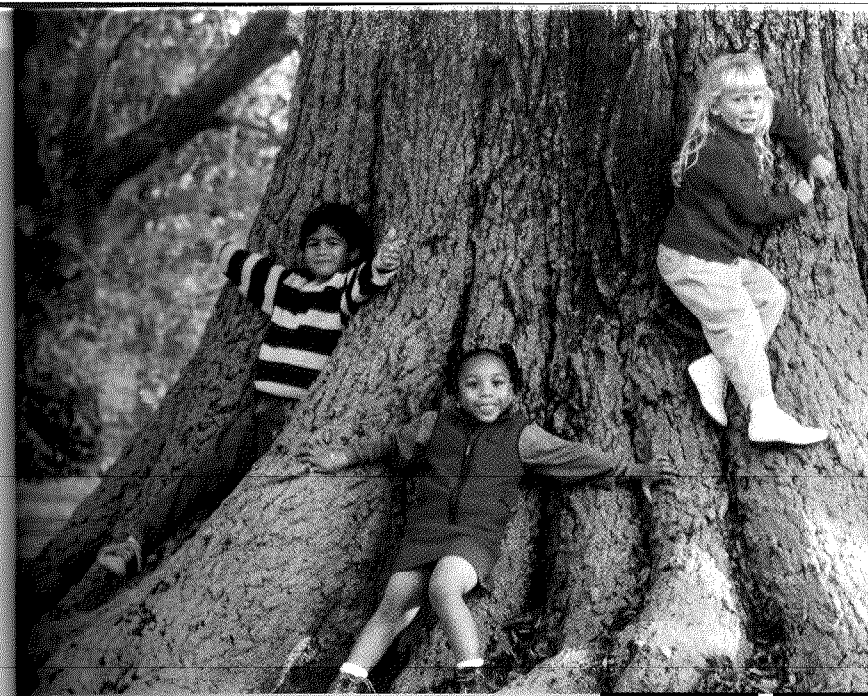
duzieren, in denen diese Länder Deutschland in den 1990er Jahren mit hoher Geschwindigkeit überholt haben. Natürlich werden diese Länder auch aus politischen Gründen gewählt, da sie auch als Vorbilder für die angepriesenen Reformen dienen sollen.

Sieht man näher hin, so stellt sich heraus, dass die Unterschiede viel weniger dramatisch ausfallen, wenn man andere Indikatoren wählt. So ist der in Euro gemessene Wachstumserfolg des Großbritanniens Mitte der 1990er Jahre vor allem ein Ergebnis der Aufwertung des Pfundes gegenüber dem Euro von 0,83 Pfund/Euro 1995 auf 0,61 Pfund/Euro 2001. Geht man von einem Vergleich in einer Währung zum Vergleich in Kaufkraftstärken über, so liegt das britische Pro-Kopf-Einkommen immer noch unter dem deutschen. Und mit der Euro-Stärke hat sich 2003 der Trend schon wieder umgekehrt.

Falsche Vorbilder: Irland und Großbritannien

Ähnlich fragwürdig ist der Vergleich mit dem neuen europäischen Wirtschaftswunderland Irland. Das irische Wachstum ist nämlich von einer besonderen Sorte und es ist politisch besonders zweifelhaft, ob es als Vorbild dienen kann. Irlands BIP pro Kopf ist zwar deutlich schneller als das anderer EU-Länder einschließlich Deutschlands gewachsen. Aber dieses Wachstum ist das Produkt hoher Auslandsinvestitionen und der buchhalterischen Genialität der nun dort tätigen multinationalen Konzerne, die wegen der niedrigen irischen Steuersätze (zehn Prozent statt 45 Prozent in Deutschland) ihre Gewinne dort statt etwa in Deutschland anfallen lassen.

Diese Entwicklung hat dazu geführt, dass die Lohnquote in Irland von 77 Prozent 1980 auf 53 Prozent im Jahr 2001 gesunken ist und das Bruttoinlandsprodukt (BSP) etwa 15 Prozent unter dem üblicherweise betrachteten Bruttoinlandsprodukt



R | A

Zukunft gestalten

Eine ausge-
sellschaftlich-
RAG Aktier-
des Bergba-
über den B-
große Bede-
Mitarbeiter-
wandels in-
Ökologisch-
derungen e-
werden. Da-
wortungsbe-
international-
bereitschaft-
eine nachh-
samtliche Wer-
wirtschaftl-

RAG

liegt. Das Bruttosozialprodukt misst nur das Einkommen der Iren und nicht der in Irland tätigen Ausländer (sprich multinationalen Unternehmen). Irland überwies 2001 17,6 Milliarden Euro seines BIP von 114,5 Milliarden Euro als Faktoreinkommen ans Ausland, womit den Iren noch ein BSP von 96,8 Milliarden Euro verblieb. Im dritten Quartal 2002 sank das BSP sogar um 0,3 Prozent, während das BIP um 6,9 Prozent zunahm. Die Iren selbst sind also viel ärmer, als es die BIP-Statistik vermuten lässt. Sie sind zwar auch gemessen am BSP/Kopf viel reicher als vor zehn Jahren, aber haben etwa Deutschland, wo sich BIP und BSP nur minimal unterscheiden, gerade erst knapp überholt.

Wachstum oder Gerechtigkeit und Freizeit?


Aber lassen wir die Zahlen einmal beiseite. Auch der beste Indikator spiegelt – solange er letztlich nur das monetäre Einkommen erfasst – nur einen schmalen Ausschnitt der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Realität wider. Sicher wächst das so gemessene deutsche BIP im Vergleich mit anderen EU-Ländern (ganz zu schweigen von den USA) eher langsam. Aber dabei ist zu berücksichtigen, dass diese Leistung mit weniger Arbeit erwirtschaftet wurde. Deutschland hat es sich gegönnt, Wachstumspotential nicht in höheren Output, sondern in mehr Freizeit umzusetzen. Kritiker, vor allem „wirtschaftsnahe“ Beobachter, beklagen vor allem die deutschen Lohnkosten, die im internationalen Vergleich zu hoch, ja bei den Arbeiterstundenlöhnen die höchsten der Welt seien. Darauf sollte Deutschland eher stolz sein. Die Kritiker können nicht einerseits hohe Pro-Kopf-Einkommen als Ziel setzen und hohe Löhne beklagen. Deutschland ist ein produktives und daher reiches Land und kann offensichtlich gut 30 Millionen Menschen zu Höchstlöhnen beschäftigen, ohne ein gigantisches Leistungsbilanzdefizit

und riesige Auslandsschulden aufzuhäufen. Wer hohe Einkommen und niedrige Löhne will, will offensichtlich in erster Linie eine andere Verteilung mit höheren Gewinnen und Vermögenseinkommen. Dazu passt dann das Beispiel Irland. Auch die USA und Großbritannien, die anderen genannten Vorbilder, zeichnen sich durch schlechtere Verteilungsstrukturen aus. Leider ist auch das deutsche Arbeiterparadies nicht ganz so schön, wie die berühmten Arbeitskostenvergleiche nahe legen. Verlässt man die Industrie und die enge Beschäftigungskategorie „Arbeiter“, so nähern sich Einkommen bzw. Lohnkosten wieder den BIP/Kopf-Werten und Deutschland liegt dann hinter den USA oder der Schweiz.

Aber auch dieses nicht mehr so spektakulär hohe, aber recht ordentliche Pro-Kopfeinkommen erwirtschaftet Deutschland mit relativ wenig Arbeit (kurzen Wochenarbeitszeiten, langem Urlaub, die zusammen zu Jahresarbeitszeiten von 1500 Stunden gegenüber 1700 in Großbritannien und 1950 in den USA führen, hoher Arbeitslosigkeit, früher Verrentung, mittlerer Partizipationsrate). Das Problem ist allerdings, dass zu diesen Löhnen und Arbeitszeiten mit ihren hohen Produktivitätsvoraussetzungen nicht alle potentiellen Arbeitnehmer zu beschäftigen sind.

Unausgenutzte Arbeitskraft und damit niedrigeres Volkseinkommen senken u.a. die Steuereinnahmen. In der Tat kann man nicht mehr private und öffentliche Güter und mehr Freizeit gleichzeitig haben. Aber der Preis von einer Abkehr von dieser Entwicklung ist die Bereitschaft zu mehr Arbeit. Weiter ist zu sehen, dass Deutschland eine wachsende Untergrundökonomie hat. Die Bürger nützen also ihre Freizeit produktiv, um den eigenen und gegenseitigen Wohlstand zu steigern. Und nicht nur die Bürger; Hunderttausende von – oft illegalen – Immigranten (oft aus dem „neuen Europa“) tun das auch. Leider geschieht das am Fiskus vorbei. Diese Menschen sind die Trittbrett-

Vier Spieler. Ein Te



Die Deutsche Telekom will das führende innovative Dienstleistungsunternehmen der Telekommunikations- und Informationstechnologieindustrie werden.

Und die Gesellschaft für eine bessere Zukunft vernetzen. Dafür sind wir mit unseren vier starken Spielern – T-Com, T-Mobile, T-Online und T-Systems – bestens aufgestellt. Qualität, Innovation und Effizienz sind die zentralen Werte. Das T bürgt dafür als Gütesiegel.
www.telekom.de

fahrer an einem System einer relativ ordentlichen Versorgung mit öffentlichen Gütern. Dass es dafür Anreize gibt, ist offensichtlich; dass ihnen gefolgt wird, sollte nicht selbstverständlich sein. Deutschland ist also nicht so schlecht wie sein Ruf. Wir sind vielleicht nicht die Weltmeister im Wachstum. Aber wir schaffen das, was andere mit hängender Zunge (d.h. langen Arbeitszeiten) schaffen, mit der linken Hand. Aber können wir uns das weiter leisten oder müssen wir auch die rechte Hand aus der Tasche nehmen?

Unser Wohlstand ist nicht von außen bedroht

Es ist eine alte Tradition in der deutschen wirtschafts- und sozialpolitischen Debatte, angeblich notwendige Einschnitte ins soziale Netz, in die Macht der Gewerkschaften oder die sich ausbreitende Freizeitparkmentalität mit der drohenden Konkurrenz aus dem Ausland zu begründen. Anlass war oft eine negative Leistungsbilanz. So gab es etwa 1979-1982 eine erste große Debatte um die Wettbewerbsfähigkeit. In den 1990er Jahren war es die Globalisierung. Der Sachzwang des Weltmarkts entmachtete angeblich Wohlfahrtsstaat und Gewerkschaften. Der neueste Buhmann ist die Osterweiterung. Um nochmals den eingangs erwähnten Hans-Werner Sinn zu zitieren: „Die durch die hohen Löhne verursachten Standortprobleme unseres Landes werden sich potenzieren, wenn die Europäische Union im Jahre 2004 um zehn Länder erweitert wird. ... Man muss kein Ökonom sein, um zu erkennen, dass sich das deutsche Standortproblem zu einer äußerst schweren Strukturkrise der gesamten Wirtschaft auswachsen wird, wenn keine Maßnahmen zur sofortigen und tief greifenden Flexibilisierung des deutschen Arbeitsmarktes ergriffen werden.“ Werden den Bürgern so soziale Einschnitte verkauft, so braucht man sich über Auslands-, letztlich Ausländerfeindlichkeit nicht zu wundern.

Denn dann erscheinen sozialer Abstieg und außenwirtschaftlicher Ausstieg oder Abgrenzung als sinnvolle Alternativen.

Dabei ist der Standort Deutschland – selbst gemessen an den schiefen Indikatoren der üblichen internationalen Vergleiche – durchaus wettbewerbsfähig. Die nominalen Lohnstückkosten stiegen in Deutschland seit 1991 (Index = 100) nur auf 113 im Jahr 2001, in der EU im Durchschnitt auf 117 und in den USA auf 121. Die Lohnstückkosten in Großbritannien sind – vor allem wegen der Pfundaufwertung – seit 1995 um fast 25 Prozent gestiegen, während sie in Deutschland nur um drei Prozent zunehmen. Selbst wenn Deutschland mit einer überbewerteten DM in den Euro eingestiegen ist, dürfte es diesen Kostennachteil bald (wenn nicht schon heute) aufgeholt haben. Die deutschen realen Lohnstückkosten sanken sogar. Den gern beklagten hohen Arbeitskosten steht also eine hohe und wachsende Produktivität gegenüber. Das mag in der Tat auf Kosten der Beschäftigung gehen, aber nicht auf Kosten der Wettbewerbsfähigkeit.

Was Deutschlands Anteil am Welthandel betrifft, so ist der deutsche Weltmarktanteil zwar gefallen, aber die deutschen Exporte sind zwischen 1991 und 2000 nominal um 80 Prozent gewachsen. Das ist weniger als die EU oder Japan, die den Wert ihrer Exporte verdoppelt haben, oder erst recht der USA, die ihn um 146 Prozent gesteigert haben, aber kein absoluter Rückfall. Der Weltmarktanteil ist ein schlechter Indikator. Er spiegelt auch Währungs- und Preiseffekte oder den Aufstieg neuer Exporteure wie China oder die Scheinzunahme von Exporten durch den Zerfall von Ländern wie der Sowjetunion, der Tschechoslowakei und Jugoslawiens, die früheren Binnenhandel in Exporte verwandelt haben, wider. Schließlich ist auch die deutsche Vereinigung ein Grund für den relativen Rückgang der deutschen Exporte, da die innerdeutsche Absorption zugenommen und damit der

Anteil der Exporte am deutschen BIP abgenommen hat. Schließlich ist Deutschlands Wachstum überdurchschnittlich exportsensibel.

Was die Industriebeschäftigung bzw. die Beschäftigung in den der internationalen Konkurrenz ausgesetzten Sektoren betrifft, so hat Deutschland hier eher einen relativen Nachholbedarf im Beschäftigungsabbau. Der Anteil der Beschäftigten in diesen Sektoren liegt in Deutschland deutlich über dem OECD-Durchschnitt (nur die Anteile in Japan und der Schweiz lagen höher). Die säkulare Deindustrialisierung wird langfristig auch nicht an Deutschland vorübergehen – unabhängig von Standortfragen. Um trotzdem Vollbeschäftigung oder doch keinen Anstieg der Arbeitslosigkeit zu haben, bedarf es neuer Jobs im Dienstleistungssektor. Das Problem Deutschlands ist auch ein Problem eines „überindustrialisierten“ Wohlfahrtsstaates.

Die überschätzten Risiken der Osterweiterung der Europäischen Union

Doch wie sieht es mit der Bedrohung durch das „neue Europa“ aus? Gefährdet die Osterweiterung den Standort Deutschland mit Importkonkurrenz, Produktionsverlagerung und Migration? Dem widersprechen einige begründete Vermutungen:

- **Importkonkurrenz:** Der deutsche Markt ist schon seit Jahren für Fertigwaren aus den assoziierten Beitrittsländern offen. In der Tat hat der Anteil dieser Länder an den deutschen Importen deutlich zugenommen. Aber die Exporte haben auch zugenommen. Die Nettoeffekte sind also eher günstig für Deutschland. Es ist auch kaum anzunehmen, dass sich die Handelsanteile der Kandidatenländer nach dem Beitritt noch dramatisch steigern werden.

- **Produktionsverlagerung:** Es bleibt abzuwarten, ob es noch zu einem großen Boom von deut-

schen Investitionen kommen wird. Ersten Investitionen stattdessen ein Angebot an zu produzieren (z.B. Skoda in Tschechien, das inzwischen auch in Deutschland ist. Zweitens müssen die EU-Länder, die dem Beitritt alle EU-Länder, auch im Sozial- und in der relativen Wettbewerbsfähigkeit nicht steigende, sondern gerade liberale Ökonomie, „schlechten“ EU-Ländern, die in Europa. Schließlich müssen die Beitrittsländer auch in den Mitteln (und, wenn man ein ortspessimistischer ist, eher aufwerten, was die preisliche Wettbewerbsfähigkeit)

- **Migration:** Sehen wir von der Migration ab, die nur in den Zielländern, die die Migration vor allem vom Arbeitsplatzangebot in den anderen beiden Produktionsverlagerung (Währung) zugunsten der Währung, dann steigt der Anteil im Ursprungsland. In den Ostarbeitsmärkten, die eine Migrationsneigung haben, die etwa in Ungarn, das trotz hoher Arbeitslosigkeit im Nordwesten Arbeit findet. Somit zeigt die Wirkung der Migration zwischen dem neuen und dem alten Europa ebenso Risse wie die, die durch die Irakkrise, es ist zu befürchten, dass sich die Migration in Mittel- und Ost-Europa wiederholt, was im

er relativ ordentlichen Gütern. Dass es dafür ch; dass ihnen gefolgt ändlich sein.

so schlecht wie sein nt die Weltmeister im n das, was andere mit (langen Arbeitszeiten) and. Aber können wir müssen wir auch die nehmen?

von außen bedroht

h der deutschen wirt- en Debatte, angeblich s soziale Netz, in die oder die sich ausbrei- ät mit der drohenden and zu begründen. An- leistungsbilanz. So gab iste große Debatte um In den 1990er Jahren . Der Sachzwang des angeblich Wohlfahrts- Der neueste Buhmann m nochmals den ein- erner Sinn zu zitieren: he verursachten Stand- les werden sich poten- he Union im Jahre 2004 wird. ... Man muss kein kennen, dass sich das m zu einer äußerst er gesamten Wirtschaft keine Maßnahmen zur den Flexibilisierung des es ergriffen werden.“ soziale Einschnitte ver- h über Auslands-, letzt- eit nicht zu wundern.

Denn dann erscheinen sozialer Abstieg und außenwirtschaftlicher Ausstieg oder Abgrenzung als sinnvolle Alternativen.

Dabei ist der Standort Deutschland – selbst gemessen an den schiefen Indikatoren der üblichen internationalen Vergleiche – durchaus wettbewerbsfähig. Die nominalen Lohnstückkosten stiegen in Deutschland seit 1991 (Index = 100) nur auf 113 im Jahr 2001, in der EU im Durchschnitt auf 117 und in den USA auf 121. Die Lohnstückkosten in Großbritannien sind – vor allem wegen der Pfundaufwertung – seit 1995 um fast 25 Prozent gestiegen, während sie in Deutschland nur um drei Prozent zunahmen. Selbst wenn Deutschland mit einer überbewerteten DM in den Euro eingestiegen ist, dürfte es diesen Kostennachteil bald (wenn nicht schon heute) aufgeholt haben. Die deutschen realen Lohnstückkosten sanken sogar. Den gern beklagten hohen Arbeitskosten steht also eine hohe und wachsende Produktivität gegenüber. Das mag in der Tat auf Kosten der Beschäftigung gehen, aber nicht auf Kosten der Wettbewerbsfähigkeit.

Was Deutschlands Anteil am Welthandel betrifft, so ist der deutsche Weltmarktanteil zwar gefallen, aber die deutschen Exporte sind zwischen 1991 und 2000 nominal um 80 Prozent gewachsen. Das ist weniger als die EU oder Japan, die den Wert ihrer Exporte verdoppelt haben, oder erst recht der USA, die ihn um 146 Prozent gesteigert haben, aber kein absoluter Rückfall. Der Weltmarktanteil ist ein schlechter Indikator. Er spiegelt auch Währungs- und Preiseffekte oder den Aufstieg neuer Exporteure wie China oder die Scheinzunahme von Exporten durch den Zerfall von Ländern wie der Sowjetunion, der Tschechoslowakei und Jugoslawiens, die früheren Binnenhandel in Exporte verwandelt haben, wider. Schließlich ist auch die deutsche Vereinigung ein Grund für den relativen Rückgang der deutschen Exporte, da die innerdeutsche Absorption zugenommen und damit der

Anteil der Exporte am deutschen BIP abgenommen hat. Schließlich ist Deutschlands Wachstum überdurchschnittlich exportsensibel.

Was die Industriebeschäftigung bzw. die Beschäftigung in den der internationalen Konkurrenz ausgesetzten Sektoren betrifft, so hat Deutschland hier eher einen relativen Nachholbedarf im Beschäftigungsabbau. Der Anteil der Beschäftigten in diesen Sektoren liegt in Deutschland deutlich über dem OECD-Durchschnitt (nur die Anteile in Japan und der Schweiz lagen höher). Die säkulare Deindustrialisierung wird langfristig auch nicht an Deutschland vorübergehen – unabhängig von Standortfragen. Um trotzdem Vollbeschäftigung oder doch keinen Anstieg der Arbeitslosigkeit zu haben, bedarf es neuer Jobs im Dienstleistungssektor. Das Problem Deutschlands ist auch ein Problem eines „überindustrialisierten“ Wohlfahrtsstaates.

Die überschätzten Risiken der Osterweiterung der Europäischen Union

Doch wie sieht es mit der Bedrohung durch das „neue Europa“ aus? Gefährdet die Osterweiterung den Standort Deutschland mit Importkonkurrenz, Produktionsverlagerung und Migration? Dem widersprechen einige begründete Vermutungen:

- **Importkonkurrenz:** Der deutsche Markt ist schon seit Jahren für Fertigwaren aus den assoziierten Beitrittsländern offen. In der Tat hat der Anteil dieser Länder an den deutschen Importen deutlich zugenommen. Aber die Exporte haben auch zugenommen. Die Nettoeffekte sind also eher günstig für Deutschland. Es ist auch kaum anzunehmen, dass sich die Handelsanteile der Kandidatenländer nach dem Beitritt noch dramatisch steigern werden.
- **Produktionsverlagerung:** Es bleibt abzuwarten, ob es noch zu einem großen Boom von deut-

schen Investitionen in den Beitrittsländern kommen wird. Erstens haben schon umfangreiche Investitionen stattgefunden, die vor allem das Angebot an zu privatisierenden Unternehmen (z.B. Skoda in Tschechien) dort genutzt haben, das inzwischen aber weitgehend ausgeschöpft ist. Zweitens müssen diese Länder nach dem Beitritt alle EU-Regulierungen übernehmen, auch im Sozial- und Umweltbereich, die ihre relative Wettbewerbsfähigkeit und Standortattraktivität nicht steigern dürften. So warnen etwa gerade liberale Ökonomen vor dem Export des „schlechten“ EU-Modells nach Mittel- und Osteuropa. Schließlich dürften die Währungen der Beitrittsländer aufgrund des Zustroms an EU-Mitteln (und, wenn die Erwartungen der Standortpessimisten einträfen, an Investitionen) sich eher aufwerten, was den Kostenvorteil und die preisliche Wettbewerbsfähigkeit weiter abbaut.

- **Migration:** Sehen wir von der reinen Sozialmigration ab, die nur die Mitnahme von Sozialleistungen im Zielland anstrebt, so hängt die Migration vor allem vom Verhältnis der Löhne und vom Arbeitsplatzangebot im Zielland ab. Wenn die anderen beiden Prozesse (Exportwachstum und Produktionsverlagerung, sowie Aufwertung der Währung) zugunsten der Beitrittsländer laufen, dann steigt der Anreiz für potentielle Migranten, im Ursprungsland zu bleiben. Beobachter der Ostarbeitsmärkte weisen auch auf die geringe Migrationsneigung der dortigen Arbeitskräfte hin, die etwa in Ungarn schon dazu geführt hat, dass trotz hoher Arbeitslosigkeit im Südosten im Nordwesten Arbeitskräftemangel herrscht.

Somit zeigt die wirtschaftliche und soziale Kohäsion zwischen dem alten und dem neuen Europa ebenso Risse wie die außenpolitische angesichts der Irakkrise. Es ist vielleicht sogar eher zu befürchten, dass sich im Zuge der europäischen Einigung in Mittel- und Osteuropa abgeschwächt wiederholt, was im Zuge der deutschen Einigung

passierte: ein Rückgang der Wettbewerbsfähigkeit verbunden mit wachsender Arbeitslosigkeit, alimentiert durch steigende Transfers aus dem Westen, kurz die „holländische Krankheit“. Aber diese Gegenargumente sollten nicht darüber hinwegtäuschen, dass es im vereinigten Europa, das das „neue“ und das „alte Europa“ umfassen sollte, eigentlich um die Angleichung der Lebensverhältnisse geht. Die Peripherie der armen Mitgliedstaaten, zu denen ab 2004 auch acht postkommunistische Transformationsländer zählen werden, sollte rascher wachsen als das reichere Zentrum. Letztlich dient das auch dem Zentrum, denn eine prosperierende Peripherie importiert und emigriert nicht. Die relativ erfolgreiche Integration Portugals und Spaniens seit 1986 belegt dies. Leider ist die EU in ihrer Kohäsionspolitik grundsätzlich wenig erfolgreich gewesen. Irland und Griechenland haben noch Jahrzehnte nach ihrem Beitritt kaum Aufholergebnisse vorzuweisen gehabt. Erst ab etwa 1992 kam es zu einer zügigen Konvergenz dank der Währungsunion, die in der Peripherie die Zinsen senkte und einen Investitions- und Konsumboom auslöste.

Hochlohnarbeit durch Niedriglohnarbeit ersetzen?

Eventuell ergibt sich das irische Modell im vergrößerten Maßstab. Die EU-Fonds finanzieren eine pre-investment-Strategie für multinationale Konzerne, die zusätzlich Steuerflucht betreiben. Würde man das Modell Irland auf Mittel- und Osteuropa ausweiten und auch noch relevante Teile der europäischen oder zumindest deutschen Produktion dorthin verlagern, so würde sich die Einkommensverteilung im erweiterten Europa entsprechend verändern. Ungarn, das bezüglich der Einwerbung von Auslandsinvestitionen der Spitzenreiter unter den Beitrittsländern ist, liefert schon einen Vorgeschmack davon. Die Lohnquote sinkt

und die Gewinne fallen den europäischen bzw. deutschen Kapitaleignern zu. So ist das Einkommen der Alt-EU aus Direktinvestitionen in Mittel- und Osteuropa von 0,5 Milliarden Euro 1996 auf 3,3 Milliarden Euro im Jahr 2000 gestiegen, wovon die Hälfte allein aus Ungarn kommt, das den irischen Weg am konsequentesten beschritten hat. Dort liegt die Ertragsquote bei 15 Prozent. Eine Schicht reicher Vermögensbesitzer würden von einem Modell profitieren, das Hochlohnarbeit durch Niedriglohnarbeit ersetzt, entweder im Zuge der Produktionsverlagerung oder durch entsprechende Tarif- und Sozialpolitik in Deutschland. Das verteilungspolitisch akzeptablere aber gefährlich deflatorische Szenario wäre: die Preise sinken mit den niedrigeren Lohnkosten, was alle Konsumenten erfreut und die Reallöhne wieder anhebt. Gleichzeitig würde die Steuerkonkurrenz zunehmen (Ungarn hat zum Beispiel nur einen Unternehmenssteuersatz von 18 Prozent, weswegen Audi dort einen großen Teil seiner Gewinne anfallen lässt.), so dass die Umverteilung nicht nur von den Löhnen, sondern auch von den Steuern zu den Kapitaleignern ginge. Es ist wahrscheinlich, dass sich dagegen der politische Widerstand formieren würde. Schon jetzt mehren sich die Zeichen, dass die EU-Kompetenzen in der Steuerpolitik wachsen werden, und Irland wird auf EU-Druck hin seinen Steuersatz auf allerdings immer noch relativ niedrige 12,5 Prozent erhöhen. Außerdem hat sich die Einkommensverteilung auf beiden Seiten, im Zentrum und der Peripherie verschlechtert, auch wenn der Effekt in Mittel- und Osteuropa bisher wohl weniger der Integration als der Transformation zuzuschreiben war. Auch in diesem Punkt droht die europäische Einigung der deutschen zu folgen. In Deutschland hat die Ungleichheit in West- und in Ostdeutschland zugenommen, auch wenn sie im vereinigten Deutschland insgesamt durch die Konvergenz zwischen Ost und West abnahm.

Den Reformbedarf bestimmen wir selbst

Liberaler Beobachter des Integrationsprozesses halten auch diesen bisherigen deutschen Weg noch für unzureichend. In ihren Augen erfordert, ja erzwingt die spezifische Form der Globalisierung, die die europäische Einigung mit sich bringt, von Deutschland niedrigere Löhne, mehr Ungleichheit und den Verzicht auf eine wohlfahrtsstaatliche Korrektur dieser Malaise. Dieses Konzept der europäischen Einigung wäre den Bürgern kaum noch zu vermitteln. Und in der Tat hat in Deutschland die Europaskepsis seit Beginn der 1990er Jahre eher zugenommen, ganz zu schweigen von populistischen Versuchungen hier und anderswo.

Die Herausforderung liegt darin, einen Integrationsprozess zu organisieren, der die Vorteile einer erweiterten Arbeitsteilung und der möglichen Produktivitätsgewinne, vor allem in den ärmeren Mitgliedstaaten, realisiert und diese Vorteile sozial gerecht verteilt. Dazu mag es nötig sein, das bisherige Modell der Integration, die sich als „negative“ vor allem auf eine Freisetzung der Marktkräfte und eine einseitige Stabilitätsorientierung stützte, durch eine „positive“ Integration zu ergänzen, die Wachstum, Beschäftigung und sozialen Zusammenhalt fördert. Nur so lässt sich die europäische Einigung politisch sichern. Das vom alten Europa hochgepöbelte neue Europa bedroht also nicht unseren Wohlstand, aber vielleicht seine Verteilung. Die europäische Integration in ihrer gegenwärtigen Form bringt zusätzliche Risiken für ein sozial gerechtes Europa und Deutschland mit sich. Aber der Reformbedarf liegt hier mehr in Europa als in Deutschland. Das heißt nicht, dass es in Deutschland nichts zu verbessern gäbe. Deutschland ist durch die falsch gestaltete Wiedervereinigung in eine Schiefelage geraten, die zu starke Anreize für Nicht- und

Schwarzarbeit gegen menschenwürdige Lohnbezieher sind Nation geworden. Aktivierung der M der Finanzierung (s breiteren Basis) an den. Die Reformspr ropäische Integrat Wohlfahrtsstaat ge heiten eingeschrän hinreichend große überzeugen, droht



Der Organisierung Kräfte entgegen. V Barbarei der Men Religion, keine Id faltung schließt m den seelischen Tie Hass hervorbrech reißen kann. Der Freiheit ein Urzus Wir müssen ihn n des Wortes.

Willy Brandt

bewerbsfähig-
beitslosigkeit,
fers aus dem
nktheit“.

n nicht darüber
igten Europa,
pa“ umfassen
ng der Lebens-
er armen Mit-
uch acht post-
änder zählen
s das reichere
dem Zentrum,
rie importiert
olgreiche Inte-
it 1986 belegt
häsionspolitik
wesen. Irland
lehnte nach ih-
e vorzuweisen
u einer zügige-
sunion, die in
nd einen Inves-

arbeit

modell im vergröß-
anzieren eine
nationale Kon-
betreiben. Wür-
- und Osteuro-
vante Teile der
ischen Produk-
ch die Einkom-
uropa entspre-
üglich der Ein-
n der Spitzen-
t, liefert schon
ohnquote sinkt

und die Gewinne fallen den europäischen bzw. deutschen Kapitaleignern zu. So ist das Einkommen der Alt-EU aus Direktinvestitionen in Mittel- und Osteuropa von 0,5 Milliarden Euro 1996 auf 3,3 Milliarden Euro im Jahr 2000 gestiegen, wovon die Hälfte allein aus Ungarn kommt, das den irischen Weg am konsequentesten beschritten hat. Dort liegt die Ertragsquote bei 15 Prozent. Eine Schicht reicher Vermögensbesitzer würden von einem Modell profitieren, das Hochlohnarbeit durch Niedriglohnarbeit ersetzt, entweder im Zuge der Produktionsverlagerung oder durch entsprechende Tarif- und Sozialpolitik in Deutschland. Das verteilungspolitisch akzeptablere aber gefährlich deflatorische Szenario wäre: die Preise sinken mit den niedrigeren Lohnkosten, was alle Konsumenten erfreut und die Reallöhne wieder anhebt.

Gleichzeitig würde die Steuerkonkurrenz zunehmen (Ungarn hat zum Beispiel nur einen Unternehmenssteuersatz von 18 Prozent, weswegen Audi dort einen großen Teil seiner Gewinne anfallen lässt.), so dass die Umverteilung nicht nur von den Löhnen, sondern auch von den Steuern zu den Kapitaleignern ginge. Es ist wahrscheinlich, dass sich dagegen der politische Widerstand formieren würde. Schon jetzt mehren sich die Zeichen, dass die EU-Kompetenzen in der Steuerpolitik wachsen werden, und Irland wird auf EU-Druck hin seinen Steuersatz auf allerdings immer noch relativ niedrige 12,5 Prozent erhöhen.

Außerdem hat sich die Einkommensverteilung auf beiden Seiten, im Zentrum und der Peripherie verschlechtert, auch wenn der Effekt in Mittel- und Osteuropa bisher wohl weniger der Integration als der Transformation zuzuschreiben war. Auch in diesem Punkt droht die europäische Einigung der deutschen zu folgen. In Deutschland hat die Ungleichheit in West- und in Ostdeutschland zugenommen, auch wenn sie im vereinigten Deutschland insgesamt durch die Konvergenz zwischen Ost und West abnahm.

Den Reformbedarf bestimmen wir selbst

Libérale Beobachter des Integrationsprozesses halten auch diesen bisherigen deutschen Weg noch für unzureichend. In ihren Augen erfordert, ja erzwingt die spezifische Form der Globalisierung, die die europäische Einigung mit sich bringt, von Deutschland niedrigere Löhne, mehr Ungleichheit und den Verzicht auf eine wohlfahrtstaatliche Korrektur dieser Malaise. Dieses Konzept der europäischen Einigung wäre den Bürgern kaum noch zu vermitteln. Und in der Tat hat in Deutschland die Europaskepsis seit Beginn der 1990er Jahre eher zugenommen, ganz zu schweigen von populistischen Versuchungen hier und anderswo.

Die Herausforderung liegt darin, einen Integrationsprozess zu organisieren, der die Vorteile einer erweiterten Arbeitsteilung und der möglichen Produktivitätsgewinne, vor allem in den ärmeren Mitgliedstaaten, realisiert und diese Vorteile sozial gerecht verteilt. Dazu mag es nötig sein, das bisherige Modell der Integration, die sich als „negative“ vor allem auf eine Freisetzung der Marktkräfte und eine einseitige Stabilitätsorientierung stützte, durch eine „positive“ Integration zu ergänzen, die Wachstum, Beschäftigung und sozialen Zusammenhalt fördert. Nur so lässt sich die europäische Einigung politisch sichern. Das vom alten Europa hochgepöbelte neue Europa bedroht also nicht unseren Wohlstand, aber vielleicht seine Verteilung. Die europäische Integration in ihrer gegenwärtigen Form bringt zusätzliche Risiken für ein sozial gerechtes Europa und Deutschland mit sich. Aber der Reformbedarf liegt hier mehr in Europa als in Deutschland.

Das heißt nicht, dass es in Deutschland nichts zu verbessern gäbe. Deutschland ist durch die falsch gestaltete Wiedervereinigung in eine Schiefelage geraten, die zu starke Anreize für Nicht- und

Schwarzarbeit geschaffen hat. Die Lohneinkommensbezieher sind einseitig die Lastenträger der Nation geworden. Diese Lasten müssen durch Aktivierung der Nichtarbeiter und Änderungen der Finanzierung (stärker durch Steuern auf einer breiteren Basis) auf mehr Schultern verteilt werden. Die Reformspielräume werden durch die europäische Integration ebenso wie durch die vom Wohlfahrtsstaat geformten Interessen und Mehrheiten eingeschränkt. Gelingt es der Politik nicht, hinreichend große Teile dieser Mehrheiten zu überzeugen, droht in der Tat eine Dauerkrise.



Der Organisierung des Friedens stehen starke Kräfte entgegen. Wir haben erfahren, in welcher Barbarei der Mensch zurückfallen kann. Keine Religion, keine Ideologie, keine glanzvolle Entfaltung schließt mit Sicherheit aus, dass aus den seelischen Tiefenschichten der Menschen Hass hervorbrechen und Völker ins Unheil reißen kann. Der Frieden ist so wenig wie die Freiheit ein Urzustand, den wir vorfinden. Wir müssen ihn machen, im wahrsten Sinne des Wortes.

Willy Brandt